

25. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Juni 1954

219/J

Anfrage

der Abg. Dr. P f e i f e r, H a r t l e b, H e r z e l e und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Abänderung des Rundschreibens des Bundesministeriums für
Finanzen vom 27.3.1947, betreffend Unterhaltsbeitrag für belastete
Nationalsozialisten.

-o-o-o-o-

Für belastete Personen hat bekanntlich § 18 lit. b Verbotsgesetz 1947 die Sühnefolge des Amts- und Pensionsverlustes festgesetzt. In Fällen äußerster Not können Unterhaltsbeiträge unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 98 des Gesetzes vom 25.1.1914, RGBl. Nr. 15 (Dienstpragmatik), von der Dienstbehörde zuerkannt werden. In dem hiezu ergangenen Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 27.3.1947, Zl. 14.671 - 23/1947, das die Gewährung des Unterhaltsbeitrages an belastete Personen generell regelt, aber auffallenderweise im Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung, Sonderausgabe III, nicht veröffentlicht wurde, wird bestimmt, daß der Unterhaltsbeitrag dem Entlassenen oder seiner Ehefrau bewilligt werden kann und 80 S monatlich nicht übersteigen darf.

Dieses Rundschreiben wurde bisher weder aufgehoben noch abgeändert, und die Ministerien und Landesbehörden erachten sich an diese im Gesetz nicht begründete und durch die Geldentwertung längst überholte Höchstgrenze bei der Gewährung eines Unterhaltsbeitrages noch immer gebunden. Gesuche um eine zeitgemäße Erhöhung des Unterhaltsbeitrages werden unter Berufung auf dieses Rundschreiben abgewiesen, obwohl nach dem sinngemäß anzuwendenden § 98 Dienstpragmatik einem von der unmenschlichen Sühnefolge Betroffenen ein fortlaufender Unterhaltsbeitrag im Höchstausmaß der Hälfte des Betrages zugesprochen werden kann, der ihm bei Versetzung in den Ruhestand als normalmäßiger Ruhegenuß zugekommen wäre. Es ist nicht einzusehen, warum belasteten Personen der Unterhaltsbeitrag nicht in diesem gesetzlichen Höchstausmaß gewährt werden soll, dies umsomehr, als seit der II. Strafgesetzesnovelle 1952, BGBl. Nr. 160, selbst einem wegen eines gemeinen Verbrechens Verurteilten, also z. B. auch einem Raubmörder, die halbe Pension gewahrt bleibt (§ 26 lit. g Strafgesetz). Denn es ist zu bedenken, daß die erwähnte Sühnefolge nichts anderes als ^{eine} politische Maßregelung darstellt.

26. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Juni 1954

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, das erwähnte Rundschreiben vom 27.3.1947, betreffend Unterhaltsbeiträge für Belastete dahin abzuändern, daß der Höchstbetrag von 80 S gestrichen und durch die Hälfte der gebührenden Pension ersetzt wird?

-.--.-